

Abgeordnete (SPD)
Ronald Schminke
Sigrid Rakow

Hannover, 31.08.2011

Kleine Anfrage zur mündlichen Beantwortung gemäß
§ 47 der Geschäftsordnung des Niedersächsischen Landtages

Werra-Versalzung: Nichts dazu gelernt - einfach weiter so Laugen einleiten und verpressen?

Das Thema der Salzlaugeneinleitungen in die Werra hat seit einigen Jahren immer wieder zu Schlagzeilen in den Medien geführt und auch die parlamentarische Ebene erreicht. In Niedersachsen hat der Landtag in seiner 59. Sitzung eine Entschließung mit folgendem Titel angenommen: „Schädliche Salzeinleitungen in Werra und Weser beenden – K+S Aktiengesellschaft muss ‚beste verfügbare Technik‘ umsetzen“ (Drs. 16/2114). Der Niedersächsische Landtag hatte zuvor in mehreren Beschlüssen seine tiefe Sorge um die erhebliche Belastung von Werra und Weser durch Salzabfälle der Firma Kali und Salz geäußert. Die Lösung für eine sach- und zeitgemäße Entsorgung liegt aus Sicht des Niedersächsischen Landtags in der Anwendung moderner Technologien. Für Arbeitsplätze und die Belange der Umwelt müssten demnach umgehend konkrete und dauerhafte Entsorgungsstrategien angegangen werden.

In der K+S-Pressemitteilung vom 24. August wird nun dargelegt, dass neue Projekte und Bauarbeiten an verschiedenen Standorten starten. Die K+S Kali GmbH hatte hierfür Bedingungen gestellt, die ihr in dem öffentlich-rechtlichen Vertrag vom Februar 2009 zugesagt worden waren. Hierzu gehören die „zügige“ Erteilung langfristiger Genehmigungen für die Entsorgung der Kali-Endlaugen durch Verpressen in den Plattendolomit und das Einleiten in die Werra. In diesem Herbst läuft die Versenkgenehmigung im Werrarevier aus. Seit dem Jahre 2007 war fraglich, ob sie jemals wieder erteilt werden kann. Der angekündigte Beginn der Investitionen durch die K+S GmbH lässt allerdings vermuten, dass erneut eine Versenkgenehmigung erteilt worden ist. Von der Laugenversenkung ist auch die Weser betroffen. Es ist seit 2007 bekannt, dass die Abwässer nicht im Plattendolomit verbleiben, sondern vielmehr in die Grundwasserstockwerke aufgestiegen sind und von dort in die Werra gelangen. Im Jahre 2007 waren dies jährlich 2 Mio. cbm, die Tendenz ist steigend.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Inwieweit kann die Landesregierung bestätigen, dass in diesem Zusammenhang neue Genehmigungen seitens des Regierungspräsidiums Kassel zur herkömmlichen Verpressung der Salzlaugen im Dolomitgestein erteilt worden sind und wenn ja, wie lange gilt diese Genehmigung?
2. Sofern diese tatsächlich erteilt wurden, was hat die Landesregierung in Niedersachsen unternommen, um hieran beteiligt zu werden, da die bekannten und stets kritisierten Umweltbeeinträchtigungen, wie die Verschlechterung der Gewässerqualität der Weser in Niedersachsen eine direkte Belastung ökonomischer und ökologischer Art darstellt und wie wird eine erneute Genehmigung zur Verpressung im Plattendolomit dem Beschluss des Landtags gerecht?
3. Inwieweit ist der Landesregierung bekannt, inwiefern die Ergebnisse des Runden Tisches berücksichtigt werden oder ob die Genehmigungspraxis, wie in der Vergangenheit, ohne Öffentlichkeitsbeteiligung und Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt werden soll?

gez. Ronald Schminke
Sigrid Rakow

f. d. R.

Dr. Cornelius Schley
Fraktionsgeschäftsführer